



Bundesministerium
der Verteidigung

-1980031-V82-

Bundesministerium der Verteidigung, 11055 Berlin

Mitglied des Deutschen Bundestages

Frau Canan Bayram
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Thomas Silberhorn

Parlamentarischer Staatssekretär
Mitglied des Deutschen Bundestages

HAUSANSCHRIFT Stäuffenbergstraße 18, 10785 Berlin

POSTANSCHRIFT 11055 Berlin

TEL +49 (0)30 2004-22350

FAX +49 (0)30 2004-22380

E-MAIL BueroSilberhorn@BMVg.Bund.de

RETREFF **Fragestunde des Deutschen Bundestages am 6. Mai 2020;
Bundestagsdrucksache 19/18880, Frage 28**
ANLAGE - 1 -
DATUM Berlin, 6. Mai 2020

Sehr geehrte Frau Kollegin,

beigefügt übersende ich Ihnen die Antwort auf Ihre o. a. Frage.

Mit freundlichen Grüßen

ParlSts bei der Bundesministerin
der Verteidigung Silberhorn
1980031-V82 vom 6. Mai 2020

„Treffen Hinweise zu (<https://www.abgeordnetenwatch.de/profile/canan-bayram/fragen-antworten/509113>), dass die Bundesregierung die geplante breite gesellschaftliche Debatte über die Bewaffnung von Drohnen der Bundeswehr durch Veranstaltungen im Bundesverteidigungsministerium ersetzen will, obwohl im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD steht, dass über eine mögliche Bewaffnung von Drohnen erst nach „ausführlicher völkerrechtlicher, verfassungsrechtlicher und ethischer Würdigung“ entschieden wird (<https://www.morgenpost.de/politik/article227979335/Angst-vor-Killerkommandos-AKK-will-bewaffnete-Drohnen.html>), und warum kann die Bundeswehr nicht alle Pläne, Drohnen zu bewaffnen, bis nach Beendigung der Corona-Krise stornieren, um diese gesellschaftliche Debatte zu ermöglichen?“

Das Bundesministerium der Verteidigung wird den im Koalitionsvertrag vereinbarten gesellschaftlichen Diskussionsprozess zu bewaffneten Drohnen ergebnisoffen begleiten und unterstützen. Dazu werden ab dem 11. Mai 2020 eine Reihe von Informations- und Diskussionsveranstaltungen durchgeführt.

Trotz der derzeit unverändert erheblichen Einschränkungen durch COVID-19 wird es dabei oberstes Gebot sein, die innergesellschaftliche Meinungsvielfalt abzubilden und ausdrücklich nicht nur ministeriums-interne Abwägungen in den Mittelpunkt zu stellen.

So sind für die anstehende Auftaktveranstaltung am 11. Mai 2020 alle Fraktionen des Deutschen Bundestages mit einem Vertreter zur Teilnahme eingeladen. Repräsentanten von Glaubensgemeinschaften werden ebenso einbezogen wie das Deutsche Rote Kreuz als wichtige Vertreter der Zivilgesellschaft.

Die Veranstaltung wird mittels eines Livestreams übertragen und eine Interaktion in sozialen Medien ermöglicht.

Dies unterstreicht die Offenheit der Debatte und die Absicht des Bundesministeriums der Verteidigung, auch kritische Stimmen zu Wort kommen zu lassen.

In den geplanten Folgeveranstaltungen am 25. und 26. Mai 2020 wird den Abgeordneten die Möglichkeit geboten, in den Räumlichkeiten des Bundestages an einer Präsentation mit Bildmaterial aus den Einsatzgebieten der Bundeswehr teilzunehmen.

Dabei sollen mögliche Anwendungsszenarien bewaffneter Drohnen und deren Rolle und Bedeutung für die Einsatzführung verdeutlicht werden.

Um zusätzlich den Austausch mit jungen Bürgerinnen und Bürgern zu diesem wichtigen Thema zu ermöglichen, wird darüber hinaus der Parlamentarische Staatssekretär Dr. Peter Tauber am 26. Mai 2020 an einem Online-Seminar mit Studierenden der Universität Regensburg teilnehmen.

All dies unterstreicht, dass diese wichtige und anspruchsvolle Debatte nicht nur innerhalb des Bundesministeriums der Verteidigung geführt werden soll. Vielmehr werden die zur Verfügung stehenden Möglichkeiten genutzt, um trotz der pandemiebedingten Einschränkungen eine angemessene Vertretung auch kritischer Stimmen zu hören und die erforderliche gesellschaftliche Breite der Diskussion zu gewährleisten.

Die augenblickliche Pandemielage sollte nicht den Eindruck erwecken, dass dringliche und gesamtgesellschaftlich relevante demokratische Prozesse durch die Bundesregierung auf unbestimmte Zeit ausgesetzt werden.

Aus diesem Grund wird es als wichtiges politisches Signal betrachtet, die notwendige völkerrechtliche, verfassungsrechtliche und ethische Würdigung nicht länger aufzuschieben, sondern sie gerade jetzt ergebnisoffen, transparent und unter Nutzung verfügbarer technischer bzw. medialer Hilfsmittel zu führen.

Dies gilt umso mehr, als das eine konkrete Beendigung der Corona-Krise zum jetzigen Zeitpunkt nicht belastbar absehbar ist.